



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaemmel, Otto: Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und
Erinnerungen : 3. Schleswig-Holstein : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

im nationalen Interesse, besteht natürlich nicht nur in der Masse der Muskelkräfte und technischen Kampfmittel, die der Stärkere gegen den Schwächeren ins Gefecht führt. Die Macht, die vor Recht geht, beruht noch mehr auf barbarischer Klugheit, Rücksichts- und Skrupellosigkeit, Lug und Trug und Gaunerei.

Die Leidenschaft, mit der die „Affaire“ auch in Deutschland behandelt worden ist, ist ein Zeichen für die Verkümmernng des Rechtsinns unter den Gebildeten. Die Parteinahme für die Generale gegen den Juden hat auch unsre Nationalisten zu Rechtsverächtern gestempelt, denen alles zuzutrauen ist im vermeintlichen und vorgeschobnen Rassen- und Klasseninteresse. Deutsch ist das nicht und christlich ebenso wenig, mögen sich die Gewaltmenschen noch so laut ihres Deutschtums rühmen und Christum im Munde führen.



Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen

Von Otto Kaemmel

3. Schleswig-Holstein

(Schluß)



zwischen bereitete sich, seitdem Bismarck die Möglichkeit der Annexion in Wien zur Sprache hatte bringen lassen, eine entscheidende Wendung in der österreichischen Politik vor, die den Krieg von 1866 eingeleitet hat. Denn dort kam jetzt allmählich im Gegensatz zu Rechberg die von den Großdeutschen der Schmerlingschen Richtung geleitete Politik wieder zur Geltung, die Österreichs Herrschaft über Deutschland wollte und jede Erweiterung der preussischen Macht grundsätzlich bekämpfte. Zur Sprache kam die ganze Frage in einer Konferenz der beiden Herrscher und ihrer auswärtigen Minister Bismarck und Rechberg im Schlosse von Schönbrunn am 22. August 1864.¹⁾ Bismarck versuchte dort deutlich zu machen, daß ein festes Bündnis Preußens und Österreichs für dieses mit der Überlassung Schleswig-Holsteins an Preußen nicht

¹⁾ Über diese berichtet Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen I, 344 ff.; in allem wesentlichen übereinstimmend, in Einzelheiten abweichend lautet die Erzählung, die er am 13. Juni 1890 dem Österreicher S. Friedjung gab, s. dessen Werk: Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland II, 519 f., vgl. I, 93 f.

zu teuer erkaufte sei. Die Herzogtümer lägen ganz außerhalb der österreichischen Interessensphäre, ganz innerhalb der preußischen. Eine territoriale Entschädigung könne Preußen allerdings unmittelbar nicht gewähren, nicht einmal Glatz, wo die Einwohner schon gegen eine solche Abtretung protestierten; aber es könnte bei einer Fortsetzung der gemeinschaftlichen Politik künftig einmal italienisches Gebiet zur Verfügung stehn. Er dachte dabei an eine preußische Bürgschaft für Venedig, die, wenn es zu einem neuen Kriege mit Frankreich und Italien kam, zu einer solchen Wendung führen konnte. Diese Ausführungen blieben nicht ohne Eindruck auf den Kaiser Franz Joseph; er stellte geradezu die Frage, ob Preußen die Erwerbung der Herzogtümer wünsche, oder ob es sich mit gewissen Rechten dort zufrieden geben wolle. Der Minister verwies den Kaiser für die Beantwortung dieser Frage an den König, der schweigend zugehört hatte; Wilhelm I. aber sagte „zögernd und in einer gewissen Verlegenheit,“ „er habe ja gar kein Recht auf die Herzogtümer und könne deshalb keinen Anspruch darauf machen.“ Damit war Bismarck „außer Gefecht gesetzt“ und mußte die Sache vorläufig fallen lassen. Es gelang ihm nur mit Graf Rechberg eine Art von Vereinbarung über ein gemeinsames Zusammenstehn gegen Frankreich festzusetzen, die von beiden Herrschern genehmigt wurde, aber die Zukunft Schleswig-Holsteins unentschieden ließ. Bismarck bezeichnet diese Verhandlungen als den „Kulminations- und Wendepunkt“ für den Versuch zum Dualismus. Seitdem begannen sich die Wege der beiden Mächte zu trennen.¹⁾

Man sieht: die Sache Friedrichs von Augustenburg stand an sich auch in Preußen keineswegs ungünstig. Der König selbst lehnte noch im August 1864 die Erwerbung der Herzogtümer ab, die Königin, das Kronprinzenpaar, die parlamentarische Opposition waren eifrig für ihn, der Kronprinz stand sogar in eifriger Korrespondenz mit ihm.²⁾ Aber allerdings: seine Bedingungen stellte auch dieser für die Einsetzung des Herzogs, und er faßte sie schon am 26. Februar 1864 zusammen: Rendsburg Bundesfestung, Kiel preußischer Kriegshafen, Militär- und Marinekonvention mit Preußen, Bau des Nordostsee-Kanals unter preußischer Leitung, Eintritt in den Zollverein. Mit seinen Anneziationsabsichten stand Bismarck ziemlich isoliert, und er würde sich auch mit Geringserm zufrieden gegeben haben. Wie kam es also, daß Friedrich (VIII.) schließlich seine Partie so völlig verlor?

Darüber giebt nun Bismarck im vierten Abschnitt des Kapitels nur sehr wenig, und dieses wenige steht nur in ganz losem Zusammenhange mit dem Thema. Nur die Welfen, so beginnt er, setzen noch den Federkrieg gegen das neue Deutschland fort, und doch mußten sie sich sagen, daß die Territorial-

¹⁾ Zu dem letzten Punkte s. die Angaben Rechbergs bei Friedjung II, 259; vgl. I, 94.

²⁾ Bernhardt VI, 108. 113.

gestaltung Preußens seit 1815 nur dann haltbar war, wenn (1866) Hannover und Kurhessen zu Preußen hielten, wie im Siebenjährigen Kriege. Daher hat sich Bismarck vor dem Ausbruche des Krieges 1866 alle mögliche Mühe gegeben, beide Staaten zur Neutralität zu bestimmen, aber dies blieb vergeblich. „Auch der Erbprinz von Augustenburg, fährt er dann fort, hatte durch Ablehnung der sogenannten Februarbedingungen den günstigsten Moment versäumt.“ Daran schließt er eine Polemik gegen die „welfische“ Darstellung des Generalmajors Dammers (Erinnerungen und Erlebnisse, Hannover, 1890). Danach soll sich der Erbprinz, wie Dammers von ihm selbst gehört haben will, in einer Audienz beim König Wilhelm zu den geforderten Zugeständnissen verpflichten, und der König ihm die formelle Erledigung seiner Anerkennung als Herzog durch Bismarck zugesagt haben; dieser sei am nächsten Tage zu ihm gekommen, habe ihm erklärt, er müsse sofort nach Biarritz reisen, könne daher die Sache nicht selbst abschließen, doch möge der Herzog dafür einen Bevollmächtigten zurücklassen. Zu seinem Erstaunen habe dieser tags darauf in den Zeitungen gelesen, daß er die preußischen Vorschläge abgelehnt habe. Dagegen wendet Bismarck ein, indem er sich im allgemeinen auf die aktenmäßige Darstellung dieser Verhandlungen bei Sybel (III, 337 ff.) beruft: 1. Der König war niemals mit dem Erbprinzen einig. 2. Bismarck war niemals bei diesem in der Wohnung; „ich bin 1864 am 1. Oktober nach Baden, von dort am 5. nach Biarritz, 1865 am 30. September direkt dorthin gereist und 1863 gar nicht in Biarritz gewesen.“ Mit dem Erbprinzen hat er zwei Unterredungen gehabt, am 18. November 1863, auf die sich ein Brief Friedrichs vom 11. Dezember bezieht, und am 1. Juni 1864 abends von neun bis zwölf Uhr („in meiner Wohnung“), „um festzustellen, ob ich dem König zur Vertretung seiner Kandidatur raten könne.“ Aber die Erwartung des Kronprinzen, der Prätendent werde auf dessen am 26. Februar aufgestellte Bedingungen bereitwillig eingehen, erfüllte sich nicht; namentlich widersprach er lebhaft den Landabtretungen zur Anlage von Befestigungen; „sie könnten sich ja auf eine Quadratmeile belaufen.“ Bismarck betrachtete danach die Forderung als abgelehnt, eine weitere Verhandlung als aussichtslos, obwohl der Prinz in seinem Abschiedsworte: „Wir sehen uns wohl noch“ mehr seiner Unentschiedenheit Ausdruck gab. Die preußischen Forderungen vom 22. Februar 1865 „deckten sich mit den vom Kronprinzen empfohlenen.“ Zwischen beiden Besprechungen liegt eine Verhandlung Samwers mit dem König, auf die sich zwei mitgeteilte Briefe des Monarchen an Bismarck vom 16. und 18. Januar 1864 beziehen.

Beginnen wir mit dem zweiten Punkte. Der Fürst will zunächst die Behauptung widerlegen, er habe den Prätendenten dadurch getäuscht, daß er sich durch eine Reise nach Biarritz dem vom Könige befohlenen Abschlusse entzogen und ihn eigenmächtig vereitelt habe. Diese Beweisführung stützt sich auf unwiderlegliche Daten, die offenbar Kohls Bismarckregesten (I, 240. 264) ent-

lehnt oder doch an ihnen nachgeprüft sind, ist also durchaus zutreffend, denn wenn Bismarck 1863 gar nicht, 1864 erst zu Anfang Oktober nach Biarritz reifte, so hat er weder am 18. November 1863 noch am 1. Juni 1864 dem Erbprinzen das sagen können. Über die erste Unterredung am 18. November 1863, also vor der Abreise Friedrichs nach Kiel (Dezember), über die Bismarck selbst direkt gar nichts berichtet, erzählt Sybel (III, 161) nur, der Minister habe sich geweigert, ihm den erbetnen Rat zu geben, da Preußen an das Londoner Protokoll gebunden sei. Wie die Dinge lagen, hat der Erbprinz darin eine Abweisung gesehen. In diesem Sinne äußerte er sich gegen einen Abgeordneten, wenn er auch die ihm in der Kreuzzeitung vom 3. Dezember zugeschriebene Äußerung, Herr von Bismarck sei sein Freund nicht, in einem an diesen aus Gotha am 11. Dezember gerichteten Schreiben wohl mit Grund in Abrede stellt. Nach demselben Briefe hat ihm Bismarck aber damals gesagt, er sei zwar persönlich von seinem Rechte überzeugt und billige es, wenn er es zur Geltung zu bringen versuche, aber aus Rücksicht auf die von Preußen übernommenen Verbindlichkeiten und die allgemeine Weltlage könne er ihm keine Versprechungen machen. Auch daß der König selbst ihn an den Bund verwies, mußte ihn zu der Ansicht bringen, daß Preußen zunächst nichts für ihn thun könne noch wolle.¹⁾ Die folgenden Schritte des Herzogs gegenüber Preußen übergeht Bismarck. Am 11. Dezember bat dieser nämlich den König um militärische Unterstützung, am 17. schrieb er ihm, daß er auf ein Wort König Wilhelms getrost seine Hoffnungen und Erwartungen gründen werde.²⁾ Nachdem er gegen den Willen Preußens nach Kiel gegangen, und das einseitige Vorgehn der beiden Großmächte so gut wie sicher war, fragte Samwer am 11. Januar 1864 in Berlin an, ob er einen vertrauten Agenten dorthin schicken dürfe. Indem sich der Herzog dazu entschloß, beteuerte er dem König am 14. Januar nochmals, daß Schleswig-Holstein von ihm das Heil erwarte, und sandte dann Samwer selbst mit diesem ab.³⁾ Hier setzen die Gedanken und Erinnerungen wieder ein, indem sie zwei Briefe des Königs an Bismarck vom 16. und 18. Januar mitteilen. Danach bat der Kronprinz den Monarchen am Abend des 16. Januar, er möge auf seiner Soiree (am nächsten Tage) Samwer unbemerkt empfangen und einen Brief des Erbprinzen entgegennehmen, den er dann dem Vater auf dessen Forderung übersandte. Der König schickte noch am Abend diesen Brief an Bismarck mit der Weisung, eine Antwort aufzusetzen, die er mitgeben könne. Diesen sprach er dann wirklich am Abend des

¹⁾ Über diese Konferenzen s. Jansen-Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung (1897) 686. Bernhardi V, 144. 149. 157. Der Brief des Erbprinzen vom 11. Dezember auch im Bismarck-Jahrbuch V, 256, erwähnt von Bernhardi 24. Dezember nach einer Mitteilung des Prinzen V, 254.

²⁾ Jansen-Samwer 688. 692.

³⁾ Jansen-Samwer 202. 696.

17. im Beisein des Kronprinzen, ganz im Sinne der projektierten Antwort (er könne ihm keine andre Hoffnung geben, „als die in der Punktation [mit Österreich vom 16. Januar] angedeutet sind, daß man nach dem Siege sehen würde, welche neuen Basen für die Zukunft aufzustellen wären,“ und die Entscheidung über die Succession abzuwarten), „aber noch etwas kühler und sehr ernst.“ Namentlich dürfe der Prinz nicht in Schleswig einfallen. Samwer war von diesem Empfange ziemlich befriedigt und erörterte an demselben Tage mit dem Freiherrn Ernst von Stockmar, dem Vertrauten des Kronprinzenpaares, die an Preußen nach der Befreiung der Herzogtümer dort zu machenden Konzessionen.

Den interessanten Ursprung dieser Konzessionen, d. h. der sogenannten Februarbedingungen, übergehn die Gedanken und Erinnerungen mit Stillschweigen. Ihnen zu Grunde liegt ein Schreiben des Herzogs Friedrich an den Kronprinzen vom 19. Februar 1864, der dann diese Vorschläge verwertete, um unter dem 26. Februar die preußischen Bedingungen zu formulieren (s. oben S. 134).¹⁾ Möglich, daß den Grundgedanken dazu H. von Warnstedt, damals Polizeipräsident in Stettin, ein geborner Holsteiner, gegeben hat, der Henrici am 25. Januar brieflich aufs dringendste dazu aufforderte, den Erbprinzen zum engsten Anschluß an Preußen zu drängen.²⁾ Jedenfalls verhandelte Warnstedt am 3. März mit Bismarck, doch ging dieser auf Einzelheiten nicht ein, natürlich schon deshalb nicht, weil er damals die größte Mühe hatte, Österreich auch nur zur Überschreitung der jütischen Grenze zu bestimmen, also es nicht vor den Kopf stoßen durfte, indem er sich von der Grundlage des Bündnisses, dem Londoner Protokoll, durch ein Abkommen mit dem Augustenburger los sagte. Aber am 16. April stellte König Wilhelm selbst in einem Schreiben an den Kronprinzen fünf Forderungen als die seinen auf, allerdings mit dem Zusatz, daß er dem Herzog keine Zusicherungen machen könne [aus Rücksicht auf Österreich], und am 24. April, kaum eine Woche nach dem Düppelsturme und unmittelbar vor der Eröffnung der Londoner Konferenzen (25. April), als der Eindruck allgemein war, eine weitere Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark sei unmöglich geworden, sandte der Kronprinz dieses Schreiben mit einem Begleitbriefe von Flensburg aus an den Herzog. Bismarck soll damals, als er mit dem König von Düppel (Flensburg) am 14. April zurückfuhr, zu einem ihm befreundeten schleswig-holsteinischen Edelmann in Rendsburg gesagt haben: „Nun bekommen Sie Ihren Herzog.“ Darauf bot Friedrich (VIII.) unter dem 29. April die Annahme aller seiner Forderungen einschließlich der Marinekonvention.³⁾

¹⁾ Jansen-Samwer 706.

²⁾ Henrici 95. Jansen-Samwer 323. Der Brief Warnstedts nach dem Original in der Kieler Zeitung vom 26. Januar 1897, Abendblatt.

³⁾ Jansen-Samwer 714. 716. 717. Henrici 105.

Als nun schon gegen Ende Mai die Aussichtslosigkeit der Londoner Konferenzen so ziemlich feststand, die Dänen selbst die Personalunion verworfen und andererseits die fremden Mächte den preußisch-österreichischen Vorschlag, den Augustenburger einzusetzen, am 28. Mai einmütig abgelehnt hatten,¹⁾ rüstete sich dieser in Berlin persönlich abzuschließen. Er war seiner Sache so sicher, daß er kurz vor seiner Abreise an die Bildung seines Ministeriums ging und auch Henrici zum Eintritt aufforderte.²⁾ Am 1. Juni abends zwischen neun und zwölf Uhr hatte er die entscheidende Unterredung mit Bismarck. Für ihren Inhalt verweisen die Gedanken und Erinnerungen im wesentlichen auf Sybel (III, 337 f.), der wohl den vom Ministerpräsidenten dem König erstatteten Bericht gefolgt ist; die besonders verhängnisvolle Äußerung des Prätendenten, die Herzogtümer hätten Preußen nicht gerufen, der Deutsche Bund würde ihre Befreiung leichter bewirkt und ihn ohne lästige Bedingungen eingefetzt haben, erfuhr Bernhardi schon am 6. Juni von Max Duncker. Die Hauptsache aber war doch, daß der Prinz zu keinem bestimmten Abschluß im Sinne der preußischen Forderungen zu bestimmen war, und daß er sich auf Gebietsabtretungen und auf eine Beschränkung seiner Souveränität ohne seinen Landtag nicht einlassen wollte. Für Bismarck war damit seine Kandidatur ein für allemal erledigt; er instruierte sofort die preußischen Gesandten, sie nicht weiter zu befürworten, und wies spätere Versuche, wieder mit ihm anzuknüpfen, rundweg ab.³⁾ Der Erbprinz selbst hatte ihm die Bahn frei gemacht. Mit dieser Erörterung erledigt sich auch der erste Punkt, der König sei niemals mit dem Erbprinzen einig gewesen. In der That hat er ihm nach den von Augustenburgischer Seite selbst mitgeteilten Urkunden niemals, trotz eines gewissen persönlichen Wohlwollens, eine bindende Zusicherung erteilt.

Offenbar besteht nun zwischen der ablehnenden Haltung des Erbprinzen am 1. Juni 1864 und seinem früheren, urkundlich nachweisbaren Entgegenkommen ein scharfer Widerspruch. Aber man darf nie vergessen, daß die Erkenntnis, er müsse sich mit Preußen verständigen, bei ihm fortwährend mit andern entgegengesetzten Strömungen kämpfte. Zunächst hatte er selbst ein starkes Bewußtsein von seinem Erbrecht und seiner fürstlichen Souveränität; sodann war er nun einmal von den Mittelstaaten und der populären Strömung innerhalb und außerhalb der Herzogtümer emporgehoben worden und fühlte sich beiden verpflichtet. Besonders sein Aufenthalt in München im Dezember 1863 hatte ihn in dieser Richtung beeinflusst. Andererseits hat er die Bedeutung Bismarcks, wie damals alle Welt, natürlich unterschätzt und auch

¹⁾ Sybel III, 327 ff.

²⁾ Henrici 99.

³⁾ Bernhardi VI, 121 f., vgl. 163. Sybel III, 338 f. Den Bericht über die Unterredung vom 1. Juni 1864 ließ Bismarck im Juli 1865 im Staatsanzeiger veröffentlichen, vgl. Bernhardi VI, 212.

wohl auf einen Wechsel des Regierungssystems in Preußen gehofft. Der Behauptung der Augustenburgischen Litteratur, er sei mit seiner Umgebung durchaus und immer für den Anschluß an Preußen gewesen, stehen zahlreiche unverdächtige Zeugnisse, namentlich die Aufzeichnungen des ihm sehr wohlgesinnten Th. von Bernhardi, der ihn während des Winters 1863/64 in London vertrat, und des in seinen Diensten stehenden Moritz Busch gegenüber, die das genaue Gegenteil versichern.

Dem wichtigsten Ratgeber des Augustenburger, Samwer, spricht Bernhardi alles und jedes Verständnis für große Politik, oder was dasselbe ist, für Machtfragen ab, und Moritz Busch, der ihn genau kannte, urteilt, bei aller Achtung vor seinen Fähigkeiten und seiner ehrlichen Überzeugung, nicht günstiger über ihn.¹⁾ So wurde der Erbprinz fortwährend von den widersprechendsten Einflüssen und Empfindungen bestürmt. Und ein solcher bestimmt nachweisbarer Einfluß hat den im Grunde unselbständigen Herrn im entscheidenden Augenblicke nach der falschen Richtung gedrängt. Als er von Kiel nach Berlin fuhr, begleitete ihn von Elmshorn bis Altona sein Wiener Agent, der eifrig großdeutsch gesinnte von Wydenbrugk, und teilte ihm im Auftrage Reichbergs mit, Österreich werde ihn nur anerkennen, wenn er Preußen keine Konzeptionen mache.²⁾ In solcher Gemütsverfassung, die Ungnade Österreichs und der Mittelstaaten vor Augen und im Grunde seines Herzens voll von souveränem Stolz, kam er zu Bismarck und vermochte es, vermutlich ohne rechte Einsicht in die Tragweite seiner Worte, nicht über sich zu gewinnen, in das einzuwilligen, was er als eine schmerzliche und vielleicht noch zu vermeidende Verzichtleistung empfand. Ein Staatsmann hätte anders gehandelt, aber das war er eben nicht.

Diesen Thatsachen gegenüber zerfallen alle frühern und spätern Anschuldigungen der Augustenburgischen Presse gegen Bismarck, als habe er den Herzog hingehalten und getäuscht, in nichts. Einmal war Bismarck, der selbst an dem Vertrage zwischen der Krone Dänemark und dem Herzog Christian hervorragend beteiligt gewesen, immer der Ansicht, daß dieser damit auf sein Erbrecht an den Herzogtümern verzichtet habe. Sodann hatte er als preußischer Minister nur die preußischen Interessen zu vertreten, so wie er sie verstand, und alles zu überwinden, was ihnen im Wege war, also auch die Augustenburgischen Ansprüche. Daß er seine Karten nicht von Anfang an aufdeckte, und daß er seine Maßregeln nach dem jeweiligen Stande der deutschen und europäischen Politik bemaß, war selbstverständlich, selbstverständlich also auch, daß er dem Erbprinzen zeitweilig entgegenkam, solange er glaubte, es

¹⁾ Bernhardi z. B. VI, 8. 39 f. 111. 113. 158. Busch, Tagebuchblätter III, 433 ff.

²⁾ Herzog Ernst II., Aus meinem Leben III, 446 ff., vgl. Henrici 101 f. Eine Vermutung dertart spricht schon Sybel III, 337 aus.

lasse sich mit ihm ein Übereinkommen treffen, daß er ihn aber fallen ließ, sobald er erkannte, das sei unmöglich. Nicht die Ehrlichkeit ist in diesem Kampfe der Hinterlist unterlegen, nicht das Recht dem Unrecht, sondern die politische Unfähigkeit dem staatsmännischen Genie, ein zweifelhafter fürstlicher Erbananspruch dem nationalen Interesse.

Hier schließt sich zeitlich der Abschnitt an, der im Kapitel an der dritten Stelle steht, die Besprechung der Gasteiner Konvention vom 14. August 1865. Auch hier greift der Verfasser nur ein paar wichtige Punkte heraus und verzichtet auf den Zusammenhang unter diesen wie mit dem sonst Erzählten. Im Eingange bezeichnet er den Vertrag als „das letzte annehmbare Auskunftsmittel“; dann giebt er einen Brief, den er am 1. August 1865 in Gastein an König Wilhelm richtete:¹⁾ Die vorgesehene Teilung der Verwaltung der Herzogtümer werde großen Lärm machen, weil man darin den Anfang einer definitiven Teilung sehen werde; deshalb müsse die Sache gegenüber den augustenburgfreundlichen Höfen (von London, Weimar, Baden, dem Kronprinzen) zunächst geheim gehalten werden, um den Kaiser Franz Joseph nicht zu verstimmen, da er [Bismarck] dem Grafen Blome [dem österreichischen Unterhändler] die Wahrung des Geheimnisses versprochen habe. Sonst drohe ein Krieg mit Österreich; in den aber müsse der König mit freierm Mute hineingehn, als jetzt möglich sei. Daher möge lieber der Feldjäger aus Salzburg abberufen werden. Werther [in Wien] sei telegraphisch über die Verhandlungen mit Blome unterrichtet worden, der Wortlaut folge bei. Der König bemerkte zu der Stelle: „Einverstanden.“ Der Königin habe er Mitteilung gemacht, um die künftige Besitzergreifung anzubahnen. An eine Eigentumsenteilung glaube er nicht, weil sich Österreich zu sehr für Augustenburg engagiert habe. Zur Erklärung der Situation, in der dieser Brief geschrieben wurde, dient ein Abschnitt aus dem 17. Kapitel (I, 346 ff.). Die Hoffnung, mit Österreich zu einer einigermaßen dauernden Verständigung zu gelangen, beruhte auf dem „Vertrauen zu den beiderseits leitenden Personen,“ also damals [1864] auf der Erhaltung des Ministeriums Rechberg. Diese aber war davon abhängig, daß Rechberg in den damaligen Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins und über das Verhältnis Österreichs zu ihm nach dem Wunsche des Kaisers die Zusicherung (Preußens) durchsetzte, „daß wir auf (neue) Verhandlungen in bestimmter Frist eingehn wollten.“ Bismarck hielt, so sehr ihm eine Zolleinigung mit Österreich als „eine unausführbare Utopie“ erschien, ein solches Versprechen einerseits für unbedenklich, andererseits für notwendig, um Rechberg im Amte zu erhalten; aber während seiner Abwesenheit in Biarritz gelang es dem Finanzminister von Bodelschwingh, dem Handelsminister Grafen

¹⁾ Abgedruckt auch im Bismarck-Jahrbuch VI, 202 f. Die Rolle, die dabei der Feldjäger spielte, ist nicht recht klar.

Izenplitz und ihrem „freihändlerischen spiritus rector Delbrück,“ den König umzustimmen; die gewünschte Erklärung (§ 25) wurde verweigert, und Rechberg trat am 27. Oktober 1864 zurück.¹⁾ In dem neuen Ministerium gab Schmerling den Ton an, „ein sehr arger und sehr gefährlicher Feind Preußens,“ wie ihn Bernhardi nennt,²⁾ der in die alten Bahnen der österreichischen Politik: Niederhaltung Preußens mit Hilfe der Mittelstaaten, zurücklenkte und von dem friedlichen Dualismus nichts mehr wissen wollte. Dadurch spitzte sich die Situation, auch in Schleswig-Holstein, immer mehr zu;³⁾ die von Preußen im Februar 1865 formell gestellten Bedingungen für die Einwilligung in die Konstituierung der Herzogtümer als eines selbständigen Bundesstaats wurden in Wien rundweg abgelehnt, sodaß Bismarck am 8. März erklärte: „Die Unterhandlungen mit Österreich sind zu Ende,“ und die Augustenburgerische Agitation in den Herzogtümern und am Bundestage fand die lebhafteste Unterstützung Österreichs. Andererseits wandte sich die Stimmung König Wilhelms, besonders seitdem das Gutachten der Kronjuristen von dem Grundsatz aus, daß das Staats- und Völkerrecht über dem Privatfürstenrecht stehe, also die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage durch das Londoner Protokoll von 1852 und das dänische Gesetz von 1853 entschieden worden sei, seine frühern Rechtsbedenken beseitigt hatte, mit wachsender Entschiedenheit dem Annexionsgedanken zu, der in Preußen immer mehr Boden gewann, und der Ministerrat, den er auf seiner Reise nach Gastein am 21. Juli 1865 in Regensburg abhielt, sprach sich für den Krieg aus, falls Österreich nicht nachgebe. Da nun Österreich damals zu einem solchen schlechterdings nicht imstande war, so machte Graf Blome, der österreichische Gesandte in München, ein geborner Holsteiner, in Wien den Vorschlag, die Verwaltung der Herzogtümer zwischen Preußen und Österreich zu teilen, und ging mit diesem Auftrage am 26. Juli zu König Wilhelm nach Gastein. In dieser Situation schrieb Bismarck den Brief vom 1. August.

Über die Verhandlungen und ihr Ergebnis, den Vertrag vom 14./20. August, geben die Gedanken und Erinnerungen nichts. Ein amüsanter Geschichtchen, wie es ihm gelungen sei, Blome zu dem Glauben zu bringen, er sei ein verwegener tollkühner Spieler, also kein gefährlicher Gegner, hat Bismarck gelegentlich mit Behagen erzählt,⁴⁾ ohne daß zu sagen wäre, ob dieses Kunststückchen nötig war. Eine besondere Bedeutung des Vertrags findet Bismarck darin, daß seit der damit verbundenen Erwerbung Lauenburgs und der militärischen Stellung in Schleswig und Kiel der König Geschmach an Eroberungen gefunden habe. Aber gerade solchen habe die parlamentarische Opposition aus

¹⁾ Darüber ausführlicher Sybel III, 387 ff. Friedjung I, 95 ff.

²⁾ VI, 137.

³⁾ Zu dem Folgenden Sybel IV, 24 ff.

⁴⁾ Poschinger, Tischgespräche II, 22.

Haß gegen Bismarck widerstrebt, daher auch trotz der Begeisterung, die sich 1848 für eine deutsche Flotte geregt habe, den Flottengründungsplan verworfen, für den der Minister am 1. Juni 1865 in einer großen, hier nicht nur zitierten, sondern auch teilweise wieder abgedruckten Rede eintrat.¹⁾ Er übersieht dabei natürlich, daß diese Verwerfung nur eine Episode des erbitterten Kampfes war, den das Abgeordnetenhaus um die Rechte der preussischen Volksvertretung führen zu müssen glaubte, und keineswegs nur ein Ausfluß persönlichen Hasses. Diese Erinnerung giebt ihm aber Veranlassung zu einer nur allzusehr berechtigten Betrachtung, wie in der ganzen deutschen Geschichte der Parteigeist in den verschiedensten Formen die nationalen Interessen überwuchert habe, und wie dabei in der Gegenwart persönliches Strebertum, namentlich der Parteiführer eine weit größere Rolle spiele als die prinzipiellen Gegensätze. Den Schluß des Abschnitts bildet das Handschreiben König Wilhelms vom 15. September 1865, mit dem der Monarch seinen Minister in den Grafenstand erhob (vgl. Bismarck-Jahrbuch VI, 203 f.). Wenn Bismarck später den Kampf um Schleswig-Holstein als den diplomatischen Feldzug bezeichnet hat, auf den er am meisten stolz sei, und wenn er am liebsten die Wappen der beiden Herzogtümer mit seinem Wappen verbunden hätte, so tritt die Richtigkeit dieser Anschauung auch aus der fragmentarischen Gestalt seiner Gedanken und Erinnerungen besonders deutlich hervor.



Tre Fontane



eit die christliche Kirche das harmlose, beschauliche orientalische Klosterwesen nach Europa verpflanzt und allmählich zum mannigfaltigsten geschäftlichen Großbetrieb entwickelt hat, ist es, von den wenigen Jahrhunderten des frühen Mittelalters abgesehen, in denen sich viele Klöster der Jugenderziehung, litterarisch-gelehrter Beschäftigung und der Urbarmachung unwirklichen Bodens widmeten, oft zu einer Plage für die menschliche Gesellschaft geworden. Aber erst seit wenig mehr als einem Jahrhundert haben es selbst katholische Fürsten gewagt, etwas gegen die mit pilzartiger Wachstumschnelligkeit vor sich gehende Verbreitung des Mönchüfels zu unternehmen. Doch alle Aufhebungsdekrete erwiesen sich immer und überall als gänzlich unwirksam, sei es, daß die mächtige Papstkirche die baldige Aufhebung dieser Verordnungen zu erreichen verstand, sei es, daß die Orden sie auf mehr oder weniger verschlagene Weise umgingen. Augenblicklich steht das Mönchtum fast in allen Ländern in einer Zeit der Blüte. Infolge einer liberalen Anwendung des preussischen Gesetzes von 1887 ersteht in Preußen ein Kloster nach dem andern.

¹⁾ Politische Reden II, 355 ff.